

## **Mitteilungsvorlage**

**Drucksachen-Nr. 0266/2013**  
**öffentlich**

| <b>Gremium</b>                                                                                                          | <b>Sitzungsdatum</b> | <b>Art der Behandlung</b> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|---------------------------|
| Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann | 27.06.2013           | Beratung                  |

### **Tagesordnungspunkt**

#### **Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, jüdischen Migranten, Spätaussiedlern und Menschen in Wohnungsnot in städtischen Unterkünften im Jahr 2012**

### **Inhalt der Mitteilung**

Im Gegensatz zum Berichtsjahr 2011, in dem die Belegungszahlen im Arbeitsfeld der städtischen Unterkünfte stagnierten, war die Situation in 2012 durch eine hohe Dynamik und Fluktuation geprägt.

Die Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen, speziell solcher mit psychischen oder/und Suchtproblemen, bildete weiterhin den Schwerpunkt der Wohnungsnothilfe in Bergisch Gladbach.

Die Häuser Hecken 3A bis 3C wurden als Ausweichobjekte mitgenutzt, um eine Strukturierung innerhalb der Unterkünfte zu gewährleisten und mögliche Spannungen unter den Bewohnern zu minimieren.

Bis Ende August wurde für besonders schwierige Personen auch die Notunterkunft Gierather Straße 42 genutzt. Diese fiel jedoch einem Brand zum Opfer und musste geschlossen werden.

Im Frühjahr 2012 wurde die Erdgeschosswohnung in der Gartenstraße 26 in Betrieb genommen, die erstmals einen barrierefreien Platz für die Unterbringung von zwei Personen bietet, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind.

Anfang 2012 waren an insgesamt 7 Standorten 136 ausländische Flüchtlinge, 12 Spätaussiedler und jüdische Migranten sowie 66 obdachlose Personen untergebracht. Dies ergibt eine Gesamtzahl von 214 Personen in städtischen Unterkünften.

### **Asylbewerber**

Im Lauf des Jahres wurden 83 neue Asylbewerber, dazu 22 Rückkehrer, die schon einmal hier gemeldet waren, in den städtischen Unterkünften untergebracht. Demgegenüber sind 97 Personen ausgezogen, davon 37 in Wohnungen, 36 kehrten in die Heimat zurück, 24 verließen die Unterkünfte mit unbekanntem Ziel.

Obwohl die Belegungszahl in der Mitte des Jahres unter 100 gesunken war, stieg sie durch Zugänge in der zweiten Jahreshälfte wieder über das Niveau vom Januar. Am Jahresende waren 144 Asylbewerber und Flüchtlinge in städtischen Unterkünften untergebracht. Die Zahl der Zugänge durch Asylanträge ist gegenüber dem Jahr 2011 in etwa gleich geblieben, wobei unter den 11 Herkunftsnationen Roma aus Serbien, sowie Flüchtlinge aus dem Iran und Syrien den größten Anteil ausmachten.

### **Spätaussiedler und jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion**

Bei den Spätaussiedlern und jüdischen Migranten lag die Zahl zum Anfang 2012 bei 12 untergebrachten Personen (davon 2 jüdische Migranten).

(Erklärung: Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz sind Angehörige deutscher Minderheiten, die als Einwanderer in die Bundesrepublik gelangten – seit 1950 aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion, später aus der Russischen Föderation und Kasachstan –, jüdische Migranten, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen auf Grundlage des Zuwanderungsgesetzes in Deutschland aufgenommen werden.)

Wie nach dem Verlauf der Vorjahre zu erwarten war, sind im Jahr 2012 keine neuen Zuweisungen mehr erfolgt, so dass dieser Personenkreis durch Auszug in privaten Wohnraum endgültig keinen Platz mehr in Anspruch nimmt. Zum Jahresende war keine Person mehr in einer städtischen Unterkunft untergebracht.

### **Menschen in Wohnungsnot**

Die Anzahl der Personen, die in Notunterkünften untergebracht wurden, ist im vergangenen Jahr wieder leicht angestiegen: von 66 Personen Anfang Januar auf 71 Personen Ende Dezember. Allerdings beinhaltet diese Entwicklung über das Jahr verteilt 94 Zugänge (davon 29 in die Notschlafstelle) und 89 Auszüge. Von diesen verzogen 45 Personen in privaten Wohnraum, 3 Personen verstarben und 41 verzogen mit unbekanntem Ziel.

Im Jahr 2012 waren 63 Zwangsräumungstermine durch den Gerichtsvollzieher angesetzt worden, in deren Folge 11 Personen untergebracht werden mussten.

Wie bereits in 2011 wird verstärkt der Soziale Dienst in die Prävention von Obdachlosigkeit eingebunden. Die Bearbeitung von Räumungsklagen, die über das Amtsgericht an den Sozialhilfeträger übermittelt werden, ermöglicht hierbei die Chance, noch zeitnah an die Problemfälle heranzukommen und so eine drohende Zwangsräumung zu vermeiden.

In 2012 wurden diesbezüglich 87 Räumungsklagen hier anhängig. Bei rund 250 Beratungs-

kontakten wurde in 103 Fällen intensivere Beratung mit mehreren Besuchskontakten durchgeführt, um eine Wohnraumsicherung zu erreichen.

Der Soziale Dienst fungiert hier erfolgreich als vorgeschaltete Stelle, um eine drohende Unterbringung in einer Notunterkunft zu vermeiden.

Die neben den Notunterkünften eingerichtete Notschlafstelle beherbergte in 2012 insgesamt 29 Personen. Dabei ging es um die Unterbringung von Personen, die nach dem Gewaltschutzgesetz ein befristetes Hausverbot durch die Polizei erhielten (in der Regel 10 Tage), aber auch Menschen, die von der Polizei nachts oder am Wochenende aufgegriffen wurden. Nicht alle Personen mussten im Anschluss in einer Notunterkunft untergebracht werden, sondern es konnte in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst eine anderweitige Lösung gefunden werden. Hierbei wird die Notschlafstelle manchmal für 2 bis 3 Tage als Unterkunft genutzt, um Zeit zu gewinnen und eine endgültige Unterbringung in einer Notunterkunft zu vermeiden.

Es konnte festgestellt werden, dass bereits in den Notunterkünften untergebrachte Personen oft nur wenig Engagement bei der Beschaffung von eigenem Wohnraum zeigen. Hierbei spielen die schlechten Erfahrungen aus der Vergangenheit oder die Summe der Vermittlungshemmnisse eine große Rolle. Bei dem Personenkreis der Suchtmittelabhängigen und/oder psychisch Erkrankten fehlen die notwendigen Fähigkeiten zur Wohnraumsuche. Hier bleibt oft nur der Weg über eine gesetzliche Betreuung, die bei Bedarf über die städtische Betreuungsstelle angeregt wird.

Bei den als vermittelbar und wohnfähig eingestuften Personen wird die Mitwirkungspflicht stärker eingefordert. Eine mangelnde Mitwirkung wird im Rahmen der Möglichkeiten, die durch die geltende Satzung und Benutzungsordnung gegeben sind, strenger sanktioniert.

Die längerfristige Unterbringung von Personen mit schweren psychischen Defiziten und ausgeprägter Suchtproblematik stellt hohe Anforderungen an den Betreuungs- und Hausmeisterdienst. Im Durchschnitt musste der Hausmeisternotdienst zu 25 Einsätzen pro Monat ausrücken, um Stromausfälle, defekte Heizungen, Wasserschäden oder verstopfte Abflüsse zu bekämpfen. Nicht selten waren die Ursachen auf das Fehlverhalten von Bewohnern zurückzuführen, aber auch der Zustand der mittlerweile in die Jahre gekommenen Unterkünfte spielt hierbei eine große Rolle.

## **Zusammenfassung**

Ende 2012 waren noch 144 ausländische Flüchtlinge untergebracht, wohingegen keine neuen Spätaussiedler oder jüdische Migranten mehr kamen. Weitere 71 Personen mit Wohnungsproblemen und somit insgesamt 214 Personen waren Ende 2012 in städtischen Unterkünften untergebracht.

Als bedarfsgerecht wird die Bereitstellung von ca. 260 geeigneten Zimmern, die sofort belegbar sind, für die Unterbringung von Asylbewerbern und Migranten, Obdachlosen und Spätaussiedlern angesehen.

Um die Spannungen untereinander zu minimieren und den Zerstörungsgrad innerhalb der Unterkünfte zu beschränken, ist in den meisten Fällen eine Einzelunterbringung pro Zimmer unausweichlich.

Renovierungsarbeiten und Instandhaltungsmaßnahmen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten durchgeführt.

Das durch den Brand völlig zerstörte Gebäude Gierather Straße 42 soll an gleicher Stelle er-

neuert werden. Hierzu fließen die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in die Bauplanungen mit ein. Nicht zuletzt werden die Belange der Barrierefreiheit hier in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden. Das Gebäude erhält 24 Einzelzimmer, ursprünglich waren 30 Einzelzimmer vorhanden.

Alte und inzwischen unwirtschaftliche, marode Gebäude sollen in den nächsten Jahren nach und nach aufgegeben und durch wirtschaftlichere Gebäude, die den aktuellen Belegungsnotwendigkeiten angepasst sind, ersetzt werden.

Um diesen Anforderungen auch künftig gerecht werden zu können, wurde Ende 2012 die „Projektgruppe Unterkünfte“ ins Leben gerufen. Ziel dieser fachbereichsübergreifenden Projektgruppe ist es, die jeweiligen Bedarfe an Unterbringungsmöglichkeiten zu ermitteln und die Bereitstellung langfristig zu sichern.